77. Jahrgang. Nr. 224 — Sonnabend, 13. Mai 1933

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Bezugsgebühr bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich RM. 3.20 (einschließl. 70 Pfg. Trägerlohn), durch Postbezug RM. 3.20 einschl. 56 Pfg. Postgebühr (ohne Postzustellungsgebühr) bei siebenmal wöchentlichem Versand. Einzelnummer 10 Pfg., außerhalb Sachsens 15 Pfg.

Druck u. Verlag: Liepsch & Reichardt, Dresden-A. 1, Marienstraße 38/42. Fernruf 25241. Postscheckkonto 1068 Dresden. Dies Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Anzeigenpreise: 30 mm breite Grundzeile 35 Pfg., auswärts 40 Pfg. Krisenabschlag u. Rabatte nach Tarif. Familienanzeigen und Stellengesuche ermäßigte Preise. Eil.-Gebühr 30 Pfg. — Nachdruck nur mit Quellenangabe Dresdner Nachrichten. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Der Reichstag zum 17. Mai einberufen

Hitler-Erklärung zu den Genfer Vorgängen

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 12. Mai. Ganz überraschend hat heute im Einvernehmen mit der Reichsregierung Reichstagspräsident Göring den Reichstag für Mittwoch, den 17. Mai, nachmittags 3 Uhr, einberufen. Auf der Tagesordnung steht als einziger Punkt die Abgabe einer Regierungserklärung über die Ereignisse in Genf.

Da der Zweck dieser Reichstagssitzung lediglich in der Entgegennahme der Regierungserklärung besteht, ist nicht damit zu rechnen, daß es zu einer Debatte kommt, und vor allem ist nicht anzunehmen, daß dieser Sitzungsabschnitt sich über den einen Sitzungstag hinaus erstrecken wird. Die Reichstagssitzung findet wieder in der Krolloper statt.

Der Beschluß des Reichskabinetts, der in der Kabinettssitzung am Freitagabend gefaßt wurde, hat nicht nur in den deutschen politischen Kreisen, sondern vor allem auch in den Kreisen der ausländischen Vertretungen Berlins überraschend gewirkt. Nachdem der Reichstag im April nach der Annahme des Ermächtigungsgesetzes für die Regierung sich vertagte, hatte wohl niemand erwartet, daß er so schnell bereits wieder zusammentreten würde. Daß die Regierung entgegen ihren ursprünglichen Absichten den Reichstag jetzt einberufen läßt, um von ihm aus einen weithin sichtbaren Abwehrakt gegen das Vorgehen auf der Abrüstungskonferenz zu unternehmen, zeigt auf das deutlichste, wie groß die Gefahren sind, die aus den Genfer Beschlüssen für Deutschland sich ergeben. Es handelt sich nämlich für Frankreich und die mit ihm verbündeten Mächte um nichts anderes, als für das drohende Scheitern der Abrüstungskonferenz wie für die daraus sich ergebenden verstärkten Schwierigkeiten für die Weltwirtschaftskonferenz Deutschland die Schuld zuzuschieben. Der mit gewaltigen Mitteln arbeitende französische Propagandaapparat ist dabei,

eine neue Schuldlüge zu konstruieren und durch tägliche, ja stündliche Wiederholungen die Welt glauben zu machen, daß Deutschland verantwortlich sei, wenn Europa keinen Frieden finde.

Dieses unerhörte Treiben hat den Beschluß der Regierung veranlaßt, ihm mit einer Tat zu begegnen, die die Welt aufhorchen läßt. Schon die Ankündigung, daß der Reichskanzler im Reichstag über Genf und die Abrüstungskomödie sprechen will, wird ohne jeden Zweifel der Reichstagssitzung vom 17. Mai das denkbar größte Interesse der Weltöffentlichkeit verschaffen. Deutschland kann dann hoffen, daß seine guten Gründe, die der Reichskanzler Hitler vortragen wird, überall gehört werden und Beachtung finden. Der propagandistische Gegenzug gegen Frankreich und seine Trabanten, den die Reichsregierung mit der Einberufung des Reichstages getan hat, ist überaus glücklich und sichert den Darlegungen des Reichskanzlers die größte Beachtung. Selbst wenn der Reichskanzler sich nach Genf begeben hätte, um dort auf der Abrüstungskonferenz selbst zu sprechen, hätten seine Ausführungen kaum das Interesse gefunden, das sie, von der Plattform des Reichstages abgegeben, finden werden. An und für sich hatte der Reichskanzler schon seit längerer Zeit den Wunsch, zu der französischen Sabotage der Abrüstung sich einmal eingehend zu äußern. Diese Absicht wurde bisher aber immer wieder zurückgestellt, weil man es noch nicht für angebracht hielt, in den Gang der Genfer Verhandlungen einzugreifen. **Die Rede des englischen Kriegsministers sowie der unglaubliche Beschluß, den der Effektivausschuß der Abrüstungskonferenz über die deutschen Wehrverbände faßte, ließ es der Regierung ratsam erscheinen,**

nun ohne längeres Zögern nicht nur Frankreich, sondern der ganzen Welt zu sagen, was Deutschland über diese Vorgänge denkt.

Reichskanzler Hitler wird in seinen Erklärungen vor dem Reichstag nochmals mit aller Deutlichkeit wiederholen, daß es eine Lüge der französischen Propaganda ist, wenn man der Welt erzählt, Deutschland wolle die Abrüstung nicht. Mit seiner ganzen rednerischen Begabung wird Hitler feststellen, daß gerade Deutschland es ist, das die Abrüstung will, und daß nicht Deutschland, sondern die anderen bisher die Abrüstung sabotiert haben.

Ausgehend vom Versailler Friedensvertrag wird der Reichskanzler der Welt nochmals sagen, daß Deutschland einen verbrieften und durch nichts mehr aus der Welt zu schaffenden rechtlichen Anspruch auf die Abrüstung hat. Der Behauptung, daß Deutschland eine Aufrüstung wolle, wird der Reichskanzler energisch entgegentreten. Er wird keinen Zweifel daran lassen, daß das Deutsche Reich gleiches Recht auf militärischem Gebiet verlangt, und daß die Rüstung und die Waffengattungen, die den anderen Staaten zustehen, selbstverständlich auch Deutschland zustehen müssen. Sodann wird der Kanzler zum Ausdruck bringen,

daß gerade das nationale Deutschland es ist, das nicht an Angriffskriege auf seine Nachbarn denkt.

Unmittelbar im Anschluß an den Kabinettsbeschluß, den Reichstag zwecks Entgegennahme einer Erklärung des Reichskanzlers über Genf einzuberufen, veranlaßte der preußische Ministerpräsident und Luftfahrtminister Göring in seiner Eigenschaft als Reichstagspräsident die Einberufung des Parlaments. Nach dem bisherigen Plan soll die Tagung des Reichstages auf einen einzigen Tag beschränkt werden. Ob sich der Erklärung des Kanzlers noch Erklärungen der Parteien anschließen, ist eine Frage, die der Reichstagspräsident Göring noch im Benehmen mit den Fraktionsführern klären wird. Ihren Abschluß soll die Reichstagssitzung mit der Annahme einer Vertrauenskundgebung für die Regierung finden.

Das innerpolitische Kräftefeld

Der demokratische Staat, in dem die Parteien letzten Endes die Träger der politischen Macht waren, ist für unabsehbare Zeit und, wie wir hoffen, für immer erledigt. Mit der Abschaffung des Parlamentarismus haben folgerichtig auch Parteiengebilde im alten Sinne ihren Daseinszweck völlig eingebüßt. Freilich bestehen noch die parlamentarischen Gebilde, Reichstag, Landtage und die Gemeindekollegien. Im Ermächtigungsgesetz, das der Regierung die Vollmacht gibt, auch verfassungsändernde Gesetze zu erlassen und das damit gestattet, selbst die Bestimmungen der Weimarer Verfassung außer Kraft zu setzen, ist allerdings die Einrichtung des Reichstages noch als unantastbar erklärt worden. Aber es ist wohl keinem Beobachter des politischen Lebens verborgen geblieben, daß die Bedeutung der parlamentarischen Körperschaften nahezu auf den Nullpunkt gesunken ist. Mit unaufhaltsamer Stetigkeit nähern wir uns einer Neuorganisation der politischen Willensbildung auf völlig neuer Grundlage. Das Ziel ist der Ständestaat, in dem nicht mehr politische und konfessionelle Gruppen, sondern die Führer der großen beruflichen Reichsstände die Aufgabe der Vertretung des Volkes zu übernehmen haben. Mit der Bildung der Front der Deutschen Arbeit sind wir diesem Ziel ein erhebliches Stück nähergerückt. Gleichzeitig gehen wir mit rasender Geschwindigkeit dem Ziel der völligen Beherrschung des ganzen staatlichen Apparates durch die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei entgegen. Die Nationalsozialisten, die ursprünglich im Reichskabinett nur mit drei Mitgliedern vertreten waren, sind nach den letzten parlamentarischen Wahlen vom 5. März mit unwiderstehlichem Elan vorgebrochen und haben, ganz folgerichtig von unten beginnend, gestützt auf die gewaltige, auf das stärkste aktivierte Macht ihrer Anhänger, eine politische Stellung nach der anderen erobert. Die politische Gleichschaltung hat ihnen die Macht in den Gemeinden und durch das Reichsstatthaltergesetz auch die Macht in den Ländern ausgeliefert. Die wirtschaftliche Gleichschaltung gab ihnen das Uebergewicht in sämtlichen berufsständischen Gliederungen unseres Volkes. Der Anspruch auf die totale Beherrschung des Staates ist mit dem Uebergang des maßgeblichen Einflusses auch in den kulturellen Verbänden weitgehend gesichert. Der Beweis der Fruchtbarkeit dieses elementaren Vorganges wurde voll erbracht. Jeder Tag brachte neue, umwälzende Entscheidungen, die von dem Kampfgeist und der Willenskraft der nationalsozialistischen Bewegung beredtes Zeugnis ablegten. Das gewaltigste Erlebnis in dieser Beziehung war die Eingliederung der bisher marxistisch orientierten Arbeiterbewegung in die nationalsozialistische Arbeitnehmerorganisation, bei der die völlige Hilflosigkeit der marxistischen Führerschaft drastischen Ausdruck fand. Mit der Beschlagnahme des sozialdemokratischen Parteivermögens ist auch die Sozialdemokratische Partei denselben Weg wie die Kommunisten gegangen. Sie hat einen Zusammenbruch erlebt, der angesichts der Entdeckung zahlreicher Korruptionsfälle von tödlicher Wucht war. Es wäre freilich irrig, wollte man annehmen, daß die Millionen, durch Jahrzehnte im Banne des Marxismus stehenden Volksgenossen durch den politischen und moralischen Niederbruch des Marxismus und durch das klägliche Verhalten ihrer Führer sich schon seelisch völlig umgestellt hätten. Sie alle sind durch das gewaltige Geschehen betäubt, aber ob namentlich die ältere Generation fähig sein wird, die alten Götzen zu verbrennen, dem Klassenkampf innerlich abzuschwören und sich zur Volksgemeinschaft zu bekennen, muß leider bezweifelt werden.

So gewaltig der Umformungsprozeß ist, der im Schmelzofen der nationalen Revolution sich an den Menschen vollzieht und der Millionen, die früher den nationalen Gedanken und nicht zuletzt die NSDAP. grimmig befehdet haben, heute zu überzeugten Vertretern desselben gemacht hat, so wenig geziemt es uns, zu übersehen, daß viele sich heute nur national tarnen, um den revolutionären Sturm besser zu überstehen, ja daß viele Konjunkturritter, deren Lebensweisheit darin besteht, sich mit beneidenswerter Wendigkeit auf den jeweiligen Boden der Tatsachen zu stellen, innerlich nicht einen Hauch des neuen Geistes gespürt haben und seelisch niemals fähig sein werden, das große Geschehen dieser deutschen Revolution jemals zu erfassen. Der innere Gegner der deutschen Wiedergeburt ist nicht vernichtet. Er ist gelähmt und er stellt sich überdies nach den Methoden gewisser Kerbtiere tot. Aber er wartet, wie das feindliche Ausland, dessen Hetze nicht nur in den letzten Wochen an Stärke erheblich zugenommen hat, sondern das überdies sich zu einem Schlage gegen die deutschen Wehrverbände rüstet, den Frankreich und seine Vasallen sicher zu weiteren Konflikten auszunützen bereit sein werden, darauf, ob innere Schwierigkeiten einen Anlaß zum Eingreifen geben. Um so mehr haben es alle nationalen Kräfte unseres Volkes in der Hand, diese teuflischen Hoffnungen zuschanden zu machen. Und in diesem Zusammenhang muß auch das Problem gesehen werden, das die Oeffentlichkeit seit dem siegreichen Vormarsch der NSDAP. auf allen Gebieten unseres öffentlichen Lebens beherrscht: welche Stellung sollen innerhalb der nationalen Wiedergeburt unseres

Hendersons Kompromiß angenommen

Die Konferenz vorläufig gerettet

Von unserem nach Genf entsandten W. H.-Sonderberichterstatter

Genf, 12. Mai. Die Nachmittagstagung des Konferenzpräsidiums hat nach einer Beratung von 20 Minuten Dauer mit einer äußerlichen Entspannung geendet. Henderson hat seinen Vermittlungsantrag zur einstimmigen Annahme gebracht. Danach wird Montag die Generaldebatte im Hauptausschuß der Konferenz über das Kriegsmaterial stattfinden, bei der gleichzeitig auch die Fragen der Heeresstärke und der Heeresorganisation behandelt werden sollen. Damit ist die Absicht, über die Heeressysteme allein zu beraten, vorläufig zurückgestellt,

und dem deutschen Standpunkt, wonach Kriegsmaterial und Heeresorganisation zusammenhängen, ist äußerlich Rechnung getragen worden.

Freilich ist damit noch nichts geklärt und kein sachlicher Gegensatz aus der Welt geschaffen oder auch nur gemildert. Immerhin zeigt dieser einstimmig gefaßte Beschluß, der zweifellos in gewissem Gegensatz zu den hemmungslosen Drohungen der gegnerischen Presse und zu manchen Aeußerungen unserer Verhandlungspartner steht, daß man auch im Gegenlager Bedenken getragen hat, schon jetzt den unheilvollen Bruch herbeizuführen. Das ist zweifellos auch eine Auswirkung der deutschen Festigkeit bei den gestrigen Verhandlungen gegenüber dem gewaltigen Druck von allen Seiten. Es zeigt sich, daß dieser Widerstand ernst genommen wird. Gleichzeitig hofft man auf englischer Seite, daß Deutschland die Gelegenheit benutzen werde, um am Montag noch größeres Entgegenkommen in der Heeresfrage zu zeigen. Wenn der englische Delegierte heute nachmittag von einer Entspannung sprach, so hatte er zweifellos auch derartiges im Auge. In französischen Kreisen ist man aber mit der heutigen taktischen Schwenkung der Engländer unzufrieden. **Man hatte gestern und heute vormittag schon alles** auf einen Bruch eingestellt. Das zeigt die Lektüre des französisch-polnischen Propagandaorgans „Journal des Nations", sowie des immer französischer werdenden „Journal de Genève deutlich. In Deutschland wird man sich klar darüber sein müssen,

daß vorläufig nur eine kurze Atempause erreicht ist.

Die Absichten unserer Gegner bleiben unverändert; auch innerhalb der deutschen Delegation nimmt man sie durchaus ernst. Nur der Weg ist noch nicht restlos klar, den die Gegenseite schließlich gehen wird, uns um unser Recht auf Rüstungsausgleich zu betrügen. Am Montag ist mit neuen schweren Kämpfen vor der Oeffentlichkeit zu rechnen. Aber auch bis dahin werden die Verhandlungen und Intrigen hinter den Kulissen keinen Augenblick aufhören. Der französische Block, der dem englischen Vorstoß gestern zugejubelt hatte, heute aber von den Engländern etwas enttäuscht ist, wird alles daran setzen, um die angelsächsisch-französische Einheitsfront wieder vollkommen herzustellen und sie geschlossen zum Einsatz gegen Deutschland zu bringen. Man muß dabei wissen,

daß die Widerstände in der Kriegsmaterialfrage gegenüber den deutschen Gleichberechtigungsforderungen heute mindestens ebenso groß sind wie in der Frage der Heeresorganisation.

Deshalb ist es nur zu wahrscheinlich, daß die Aussprache am Montag über die Materialfrage nur eine verbreiterte Gegenfront erkennen läßt und die Konferenz in keiner Weise entspannt. Daher ist es um so wichtiger, daß die Heimat den Genfer Verhandlungen mit vollster Anteilnahme folgt. Heute geht es wohl schon nicht mehr darum, daß uns hier unser Recht wird durch billigende Entschlüsse auf der Grundlage wahrer Gleichberechtigung, sondern, daß gegenteilige Entschlüsse der Gegner über unseren Kopf hinweg abgewehrt werden, Entschlüsse, die vor jeder deutschen Umrüstung und vor jedem Rüstungsausgleich neue Mauern errichten wollen.